

# Eine nationale Aufgabe

In dem vom Bundestag im Juli 2013 verabschiedeten Standortauswahlgesetz (StandAG) ist eine Kommission vorgesehen, die bis 2015 Kriterien erarbeiten soll, auf deren Basis nach einem geeigneten Ort für die endgültige Lagerung des Wärme entwickelnden radioaktiven Abfalls in Deutschland gesucht werden kann. Bundesrat und Bundestag haben sich nun über die Zusammensetzung dieser sogenannten Endlagerkommission verständigt. Insgesamt hat die Kommission 33 Mitglieder. Neben den Vorsitzenden sind das je acht Vertreterinnen und Vertreter aus Bundestag und Bundesrat, aus gesellschaftlichen Gruppen und aus der Wissenschaft. Einer davon

ist Professor Armin Grunwald, der Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS).

*Herr Professor Grunwald, was genau ist denn der Auftrag der Endlagerkommission?*

**ARMIN GRUNWALD:** Im Prinzip hat die Kommission gleich drei Aufträge, die in einem Auftrag verpackt sind: Sie soll Kriterien für ein sicheres und gutes Endlager entwickeln. Sie soll, ausgehend vom StandAG und dessen ersten Festlegungen und Hinweisen, ein Verfahren entwickeln und in Gang setzen, nach dem ein späteres Endlager an einem konkreten Standort errichtet werden kann. Und sie soll das Standortauswahlgesetz evaluieren. Das ist vielleicht der problematischste Punkt, weil die Kommission dann das Gesetz modifizieren müsste, aufgrund dessen sie bestellt worden ist.

*Was sind denn Kriterien für ein sicheres Endlager?*

**GRUNWALD:** Da ist zunächst die geologische Sicherheit über eine Million Jahre, das Kriterium steht auch im Gesetz. Über diesen Zeitraum müssen vulkanische Aktivitäten ausgeschlossen werden können, und die Formation von grundwasserführenden Schichten muss abgeschlossen sein. Eine Million Jahre klingt unvorstellbar lang, aber tatsächlich existieren stabile geologische Formationen wie Ton oder Salz eher in geologischen Zeitskalen von hunderten von Millionen Jahren. Außerdem wird die Rückholbarkeit der Abfälle ein Thema sein. Möglicherweise machen wir so große Fortschritte

bei der Behandlung radioaktiver Abfälle, dass diese leichter zu behandeln als zu lagern sind. Aber auch an unvorhergesehene ernsthafte Probleme in der Betriebsphase muss sorgfältig gedacht werden.

*Und was ist das Kriterium für ein gutes Verfahren?*

**GRUNWALD:** Transparenz ist sicher wichtig. Die ganze Gesellschaft hat einen Nutzen aus dem Atomstrom gezogen. Nun ist es auch eine nationale Aufgabe, den entstandenen Abfall zu entsorgen. Es darf nicht ein Standort den Eindruck haben, dass er nur als „Atomklo“ dient. Dieser Standort muss vielmehr eine positive Entwicklungsperspektive haben. Mein Anspruch an die Arbeit der Kommission ist schon, dass sie dazu beitragen kann, die Frage des Endlagerstandortes friedlich und im Konsens zu lösen. Damit wäre viel gewonnen.

*Wissen Sie, warum Sie in die Kommission berufen wurden?*

**GRUNWALD:** Nein, das weiß ich nicht. Im Vorfeld wurde mein Name gelegentlich mal genannt, das ITAS war schließlich auch oft mit dem Thema Endlagerung befasst. Im Jahr 2008 haben wir beispielsweise für Sigmar Gabriel, damals noch Umweltminister, einen großen Endlagerkongress veranstaltet. Von meiner Nominierung als einer der acht Vertreter der Wissenschaft wurde ich dann aber doch überrascht. Nun bin ich der Einzige, der Sozialwissenschaften, Ethik und Technikfolgenabschätzung vertritt.

*Die erste Sitzung der Kommission fand ja schon am 22. Mai in Berlin statt. Was ist da passiert, und wie wird es nun weitergehen?*

**GRUNWALD:** Die erste Sitzung diente vor allem dazu, dass sich die Kommissionsmitglieder mal kennenlernen. Dann haben wir ausführlich über Verfahrensfragen und Termine gesprochen. Die Frage nach den Sitzungsorten

war ebenfalls kontrovers: Sollen wir mit der Kommission immer in Berlin tagen oder auch andere Orte einbeziehen? Da muss dann unbedingt der Eindruck vermieden werden, dass die Kommission potenzielle Endlagerstandorte abgrasen will. Auf alle Fälle wollen wir uns einmal in der Schweiz treffen, wo seit Jahren ein Auswahlverfahren für einen Endlagerstandort vorbildlich läuft. In der ersten Sitzung wurden

auch die Inputs der Mitglieder für das künftige Arbeitsprogramm gesammelt. All das mussten die Vorsitzenden und die Geschäftsstelle der Kommission ordnen und bis zur nächsten Sitzung am 30. Juni einen Vorschlag für ein Arbeitsprogramm mit zeitlicher Reihenfolge vorlegen. Außerdem sollte bis dahin auch der Entwurf einer Geschäftsordnung der Kommission vorliegen. Darin war unter anderem die Frage zu klären, ob die Kommission Arbeitsgruppen einrichtet und ob deren Treffen genauso öffentlich sein sollen, wie die der Gesamtkommission.

*Bleibt noch die zeitliche Perspektive. Wann beendet die Kommission ihre Arbeit, und welche Schritte sind danach zu gehen?*

**GRUNWALD:** Die Kommission sollte ihre Arbeit bis Ende 2015 beendet haben, wahrscheinlich müssen wir aber die im Gesetz eingeräumte Option einer sechsmonatigen Verlängerung in Anspruch nehmen, weil wir auch mit sechs Monaten Verzögerung gestartet sind. Auf Grundlage der von der Kommission entwickelten Kriterien wird dann ein noch aufzubauendes Bundesamt für kerntechnische Entsorgung alle potenziellen Standorte unter die Lupe nehmen und sie in einem mehrstufigen Verfahren erkunden.



**FOLGENSCHWER:** Professor Armin Grunwald vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse ist Mitglied der Endlagerkommission, die Kriterien für ein sicheres Endlager entwickeln soll.

Bis 2031, vielleicht dauert das auch ein paar Jahre länger, soll der Bundesregierung ein konkreter Standort vorgeschlagen werden, der dann in ein Gesetz gegossen wird.

*Ab wann ist mit einem Endlager zu rechnen?*

**GRUNWALD:** Ein Endlager für hochradioaktive Abfälle würde eigentlich gegen 2030 benötigt, da dann ausreichend abgekühlte, einlagerfähige Brennstäbe in nennenswerter Menge vorliegen. Aber wenn 2031 der Standort festliegt, ist danach noch von einer jeweils mehrjährigen Planungs-, Bau- und Testphase auszugehen, daher wird sich der Start der Betriebsphase eher zur Jahrhundertmitte verschieben. Der Zeitraum, der notwendig ist, um die deutschen hochradioaktiven Abfälle komplett einzulagern, wird sich dann noch mal über mehrere Jahrzehnte erstrecken. Das sind alles leider sehr lange und für die Planung tückische Zeiträume.

Interview: Dr. Joachim Hoffmann  
Fotos: Markus Breig, fotolia

## INFO

[www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a16/standortauswahl](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a16/standortauswahl)

# Endlager